

Europapolitisches Parteimanifest

Europawahlen 2014

EINFÜHRUNG

Die nächsten Europawahlen werden zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union abgehalten. Die vorliegende Charta schlägt gemeinsame politische Inhalte vor, die von den Mitgliedern der Europäischen Allianz für Freiheit (EAF) im Wahlkampf vertreten werden sollen, wie die Bewahrung der Souveränität, die Abkehr von der gegenwärtigen gemeinsamen Währungspolitik, die zur Eurokrise führte, sowie die grundlegende Überprüfung der Einwanderungspolitik.

VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATIE IN EUROPA

Die Europäische Allianz für Freiheit ist gegründet worden, um die demokratischen Rechte der Bürger und die Souveränität der Mitgliedstaaten zu fördern und gegen zentralistische Tendenzen, insbesondere durch Kompetenzüberschreitungen der Europäischen Kommission, zu verteidigen. Früher mussten die patriotischen Parteien der verschiedenen Mitgliedsstaaten, trotz ähnlicher Standpunkte zur EU-Politik, ihren Wahlkampf ohne ein echtes Bündnis oder koordinierte Aktionen bestreiten. Für die Europawahlen 2014 ist eine gemeinsame politische Kraft ins Leben gerufen worden, um für die Rechte der Bürger in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu kämpfen. Dieser neue Impuls der Freiheit soll die von der EU betriebene Föderalisierung zügeln. Gleichzeitig soll dieser Impuls die Souveränität der Völker, eine neue Eigenverantwortlichkeit und die Konsolidierung der Staatshaushalte fördern, letzteres allerdings-entgegen der vorherrschenden falschen Lösungsansätze von Sparpolitik auf dem Rücken der Bürger und dem Primat der Globalisierung.

Die besorgniserregende Lage der Europäischen Union, in der wir heute leben, resultiert aus einem Mangel an visionärer Kraft, aus Korruption und vor allem aus der zunehmenden Zentralisierung von Gesetzgebungskompetenzen auf EU-Ebene. Die Bürger und Unternehmen in den souveränen Mitgliedsstaaten sollten Ausgangspunkt von Innovation und wirtschaftlicher Dynamik sein. Sie sollten zusammenarbeiten und Exzellenzbündnisse auf allen wichtigen Feldern ins Leben rufen. Sie sollten Motoren für das Wachstum und die Verbreitung des Wohlstands sein, welche durch die Entscheidungen aus Brüssel gefährdet werden.

Insitutionelle Aspekte

1. Neubestimmung der den Europäischen Institutionen übertragenen Gesetzgebungskompetenzen, insbesondere solche, die im Zusammenhang mit dem Lissabon Vertrag stehen und den Schutz der nationalen Souveränität sowie des Subsidiaritätsprinzips betreffen.
2. Eine stärkere Einbeziehung der europäischen Bürger durch nationale Volksbefragungen- bzw. Abstimmungen-zu Angelegenheiten von öffentlichem Interesse, die auf europäischer Ebene zur Diskussion stehen.

3. Überprüfung der Erweiterungspolitik der Europäischen Union durch Volksabstimmungen über die Aufnahmekriterien in jedem Mitgliedsstaat.

Erarbeitung wirksamer Lösungen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit; diese Lösungen sollten auf die speziellen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten zugeschnitten sein, ein nationaler Ansatz ist hier effektiver.

Soziale Aspekte und Einwanderungspolitik

1. Die Politik der Masseneinwanderung ist eine allzu einfache Antwort auf die demographischen und ökonomischen Herausforderungen, mit denen sich Europa konfrontiert sieht. Vielmehr ist es notwendig die Rolle der Familie in Europa zu stärken und diese zu unterstützen, wie zum Beispiel durch ein gerechteres Steuersystem.
2. Der Schutz des Rechts eines jeden Mitgliedsstaates, sein eigenes Asylsystem und seine Einwanderungspolitik sowie die gesamte Gesetzgebung im Hinblick auf die Sozial- und Arbeitsrechte für Einwanderer selbst zu gestalten. Auch für Einwanderer aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union steht es den Mitgliedstaaten frei, eigene Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht zu erlassen.

Die Bedeutung der Identität und Vielfalt der Völker und Nationen, die Europa ausmachen wird betont. Ein verbesserter Schutz der säkularen Ordnung in Europa, dessen christliche und humanistische Wurzeln durch den Aufstieg radikal-islamistischer Tendenzen in der Europäischen Union bedroht werden, muss gewährleistet werden.

Ökonomische Aspekte

1. Die Solidarität in der EU kann keine Einbahnstraße sein. Die Europäische Union sieht sich mit der tiefsten Krise seit ihrer Gründung und massiven wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, welche den Alltag der Bürger und Unternehmen zunehmend erschweren. Die Umverteilung von den reichen Staaten hin zu solchen, die ein finanzielles Ungleichgewicht aufweisen, ist keine tragfähige Lösung und dient nur auf sehr kurze Sicht dem Zweck, den Zusammenbruch des Systems zu vermeiden. Deshalb ruft die EAF dazu auf, die Rettungsmaßnahmen oder andere Formen der Transferzahlungen an Mitgliedsstaaten zu beenden, die sich wegen der Konstruktionsfehler der gemeinsamen Währungspolitik in finanziellen Schwierigkeiten befinden.
2. Mitgliedsstaaten, die in einer ernsthaften finanziellen und wirtschaftlichen Krise stecken, soll ein Verlassen der Eurozone möglich sein. Ein Mitgliedsstaat könnte dann zu seiner eigenen nationalen Währungen zurückkehren und sie gegebenenfalls abwerten, um seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Eine einvernehmliche Auflösung der Eurozone kann in Erwägung gezogen werden.

Schutzmaßnahmen für die heimische Industrie, insbesondere für KMU, sowie für den Agrarsektor müssen weiterhin möglich sein. Diese Maßnahmen werden helfen, den unfairen Wettbewerb zu bekämpfen, der dadurch hervorgerufen wird, dass billige Massenware aus Drittländern in die EU importiert wird.